



PROGRAMM

TRANSNATIONALE NACHHALTIGKEITS- KONFERENZ

Infos und Anmeldung: www.gbw.at

12. bis 14. JUNI 2015, ST. GEORGEN AM LÄNGSEE / KÄRNTEN

Die Welt verändert sich rasant und tiefgreifend. Da sich der Raubbau an Ressourcen ungehindert fortsetzt; verschärfen sich auch die Konflikte, allen voran in Regionen mit Öl- und Gasvorkommen. Umso dringender braucht es einen sorgsameren Umgang mit Ressourcen – eine Reparaturökonomie und eine Energiewende ebenso wie eine Stadt der kurzen Wege und regionale Kreislaufwirtschaften. Eine zentrale Rolle in diesen neuen Nachhaltigkeitsstrategien nimmt das Leitbild der Suffizienz ein: Wohlstand kann auch mit weniger Natur- und Materialverbrauch geschaffen werden. Suffizienzpolitik baut weniger auf immer neue technische Verbesserungen, sondern auf soziale Innovationen und eine andere Kultur des Zusammenlebens.

Statt dem „Höher, schneller, besser“ könnte das Leitbild der Suffizienz durch eine Kultur der Nachhaltigkeit, des Maß- und Innehaltens, aber auch des Genießens zu mehr Lebensqualität führen. Die Kopenhagener Fahrradkultur, der Times Square in New York oder die Wiener Maßgreißerei sind nur einige Beispiele einer Kultur, in der Lebensqualität anders als über rastloses Kaufen und Konsumieren geschaffen wird.

Dies wirft viele Fragen auf: Welche allgemeinen Rahmenbedingungen braucht es, um nachhaltiges Handeln als Grundhaltung im Alltag des politischen Systems, der BürgerInnen und Unternehmen zu verankern? Welche Ansätze der Politikgestaltung müssen entwickelt werden, um Nachhaltigkeit sozial und kulturell attraktiv zu machen? Wie organisieren wir Suffizienz und Partizipation? Wie gestalten wir öffentliche Verwaltungen, wie organisieren wir Partizipation und die wirksame Einbindung von Fachkompetenz?

Die international ausgerichtete Transnationale Nachhaltigkeitskonferenz in St. Georgen am Längsee/Kärnten bietet Zeit zur Diskussion von Vorzeigemodellen und realisierbaren Nachhaltigkeitsstrategien. Sie ist ein länderübergreifendes Forum zur Vernetzung von Grünen Abgeordneten, KommunalpolitikerInnen und all denjenigen, die sich für eine sozialökologische Transformation engagieren. Gleichmaßen wird durch interaktive Methoden des gegenseitigen Lernens Raum eröffnet für grundlegende Reflexionen und den Austausch konkreter Umsetzungsprojekte.

Gesamtmoderation: **Barbara Lesjak** und **Ruth Lerchster**

FREITAG, 12. JUNI, 18:00—20:30 UHR

16:00 Check In im Tagesbüro

18:00 Begrüßung mit **Andreas Novy** und **Rolf Holub**

18:30 **Uwe Schneidewind**: „Perspektiven der Suffizienzpolitik - Implikationen für lokale und regionale Nachhaltigkeitsstrategien“

mit Kommentaren von

- **Werner Kogler** (Grüne Österreich),
- **Molly Scott** (MEP, angefragt) und
- **N.N.** (Grüne Schweiz, angefragt)

SAMSTAG, 13. JUNI, 9:00—13:00 UHR

9:00 Grußadresse von **Ulrike Lunacek** (Vizepräsidentin EP)

Impulsreferate, Kommentare und Diskussion

9:15 **Peter Heintel**: „Kulturelle Nachhaltigkeit, eine vernachlässigte Komponente“

9:45 **Daniel Hausknost**: „Von der fossilen zur post-fossilen Demokratie?“

mit Kommentar von **Claudia Stamm** (Bündnis 90, Würzburg)

10:45 Kaffeepause

11:15 **Štefan Merkač**: „Von der Vision zum Plan – vom Plan zur Umsetzung“

11:45 **Aurélie Maréchal**: „Social-Ecological Production in a Post-growth Society“

mit Kommentar von **Vedran Horvat** (Heinrich Böll Stiftung Kroatien)

13:00 Mittagspause

SAMSTAG, 13. JUNI, 15:00–20:30 UHR

15:00

Workshop A:

„Leitbilder einer reduktiven Moderne - Perspektiven jenseits der großen Beschleunigung“ mit **Peter Heintel**

Nachhaltige Entwicklung setzt Kontinuität und Dauerhaftigkeit voraus. Dabei stellt sich die Frage nach einer Kultur, die dies begünstigt. In unserer Zeit des Übergangs ist Kultur jedoch ein höchst umstrittener Begriff und es fehlt an gängigen Mustern, die übernahmefähig wären. Eine nachhaltige Gesellschaft verlangt nach einer neuen Kultur, die zwischen den drei Säulen (ökonomisch, ökologisch, sozial) vermittelt. Häufig werden die Begriffe harmonisiert und ihre Widersprüche geleugnet. Eine kulturelle Dimension der Nachhaltigkeit heißt einerseits neue Formen kollektiver Entscheidungen zu etablieren, Prozesse des Widerspruchsmanagements einzurichten sowie Ausschau zu halten nach jenen gesellschaftlichen Institutionen, die imstande wären, die Ergebnisse dieser Prozesse zu bewahren bzw. für Ihre Kontinuität zu sorgen.

Workshop B:

„Von der fossilen zur post-fossilen Demokratie?“ mit **Daniel Hausknost**

Sind die gegenwärtigen demokratischen Systeme geeignet, den Übergang in eine neue, ökologisch und sozial nachhaltige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einzuleiten und zu steuern? Sind sie darüber hinaus geeignet, eine solche post-fossile und nicht mehr auf dem Wachstums-Diktat beruhende Ordnung langfristig und stabil politisch zu regeln? Oder haben wir es mit einer so grundsätzlichen Verschmelzung des politischen Systems mit dem wirtschaftlichen zu tun, dass das eine nicht ohne das andere überleben kann? Wie also müsste eine erneuerte, den Herausforderungen dieser schwierigen Übergangszeit angemessene Demokratie aussehen? Wie kann sie vom „Carbon Capitalism“ (Tim Di Muzio) entkoppelt und gegenüber neuen gesellschaftlichen Zielen (etwa dem eines „guten Lebens für alle“) geöffnet werden? Können wir überhaupt schon heute an einer Demokratie von morgen bauen oder müssen sich zuerst die ökonomischen Grundlagen wandeln?

Workshop C:

„Von der Vision zum Plan – vom Plan zur Umsetzung“ mit **Štefan Merkač**

Als ambitioniertes und breit aufgestelltes aber umsetzbares Programm dient das Energiekonzept der Region Kärnten als Vorreitermodell. Das Energiekonzept leistet nicht nur einen konkreten Beitrag zum Klimaschutz, sondern kann auch als Anleitung für andere Initiativen dienen, die zum Projekt der Energiewende beitragen wollen. Zum einen befasst sich der Workshop mit dem Entstehungsprozess von umsetzbaren Energiekonzepten von der Vision über die Konzeption bis hin zum Beschluss und Umsetzung. Zum anderen wird auch die Frage behandelt, wie BürgerInnen und andere zivilgesellschaftliche Gruppen in den Entstehungsprozess miteinbezogen werden können.

Workshop D - in englischer Sprache:

„Social-Ecological Production in a Post-growth Society“ mit **Aurélie Maréchal**

Since growth rates are stagnating and unlikely to increase in the future, we need a new vision of society where prosperity is based on human flourishing and sufficiency rather than on never-ending material wealth. To bring about a sustainable Post-growth Society, we need to invent new ways of living, producing and consuming that are compatible with strong social and environmental criteria. On the one hand, the future of production involves the transformation of big industrial plants, on the other hand, it requires the development of systemic solutions, decentralized networks such as micro-factories, and non-monetary forms of economic activities – from urban gardening and commons to a care economy.

The lecture in the morning will look at the role of policy-making in creating enabling infrastructure for social-ecological production, and the potential tensions and challenges arising when trying to shape new modes of lifestyle. Building on the insights from the morning session, the workshop in the afternoon wants to examine how pioneer initiatives can contribute to a systemic socio-ecological transformation. The guiding question will be how to link and bundle the potential of pioneer ecological production initiatives, and what are the opportunities and obstacles for them to feed change at a systemic level.

18:30

Abendessen

19:30

Zusammenführung der Workshops im Plenum

21:00

Lagerfeuer

SONNTAG, 14. JUNI, 9:30–12:30 UHR

9:30

Arbeitsgruppen: Perspektiven nachhaltiger Politik

- AG Kommunalpolitik (mit **Sabina Schautzer**, angefragt)
- AG Landespolitik (mit **Sepp Dürr**/Bayern)
- AG Bundespolitik (mit **Matthias Köchl**)
- AG Zivilgesellschaft

12:00

Schlussakkord mit **Juliane Alton** und **Andreas Novy**: „Von der Transnationalen Nachhaltigkeitskonferenz zur Alpenraumkonferenz“



Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Green European Foundation und Grünparteien der Nachbarstaaten mit finanzieller Unterstützung durch das Europäische Parlament statt.